

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1915

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **8 (1916)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350611>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Das « Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften » berichtet über den Stand der Gewerkschaften. Die Zahl der Mitglieder betrug auf Anfang Juli 1914 2,482,046, auf Anfang 1915 1,485,428, auf Ende 1915 982,863. Die Abnahme der Mitgliederzahl beträgt somit rund 60 Prozent. Leider ist der Rückgang nicht allein den Einberufungen zum Kriegsdienst zuzuschreiben; es sind 278,000 Mitglieder, worunter 43,700 weibliche, darüber hinaus ausgeschieden.

Auch in Deutschland ist die Propaganda unter den weiblichen Arbeitern ausserordentlich schwer. Die Mehrzahl der Frauen, die während dem Krieg in die industrielle Arbeit eingetreten ist, will vom Beitritt in die Gewerkschaft nichts wissen. Zum Teil sind die Frauen sehr indifferent, oder sie sind der Meinung, nur vorübergehend in der Industrie zu arbeiten, oder sie werden durch die schwere Berufsarbeit und die nachfolgenden Hausgeschäfte körperlich so in Anspruch genommen, dass ihnen für etwas anderes weder Zeit noch Lust bleibt.

Von den 2867 Angestellten der Gewerkschaftsorganisationen, die zu Anfang des Krieges vorhanden waren, sind am Schluss des Berichtsjahres noch 1477 gezählt worden. 1230 sind zum Heeresdienst eingezogen worden. Die Arbeit ist allerdings in den Organisationen nicht in gleichem Masse zurückgegangen wie die Mitgliederzahl, weil die Gewerkschaften sich auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge für ihre Mitglieder hervorragend betätigen; so leidet auch die Werbetätigkeit in den Gewerkschaften.

Die Gesamteinnahmen fielen von 70,871,954 Mark im Jahre 1914 auf 41,503,227 Mark im Jahre 1915. Trotz der gewaltigen Einnahmeverminderung sind 1915 erhebliche Summen für Unterstützungen ausbezahlt worden. So 8,074,085 Mark für Kriegsunterstützung, 3,485,423 M. für Arbeitslosenunterstützung, 2,425,033 M. für Krankenunterstützung, 1,164,134 M. Sterbegeld, 1,824,322 Mark Notlageunterstützung usw. Die Ausgaben für Streikunterstützungen sind von 16,079,254 M. im Jahre 1913 auf 5,217,641 M. im Jahre 1914 und nur 35,881 M. im Jahre 1915 zurückgegangen. Die sämtlichen Unterstützungen haben während des zweiten Kriegsjahres infolge der Kriegskonjunktur eine Reduktion gegen 1914 erfahren.

Das Gesamtvermögen aller Gewerkschaften betrug 1914 rund 81 Millionen Mark. Im Bericht wird gesagt, dass in Zukunft über die Höhe des Vermögens keine Mitteilungen mehr gemacht werden sollen, um die Unternehmer sich nicht in die Karten blicken zu lassen. Uns scheint, diese Vorsicht ist übertrieben. Es hat sich schon

oft gezeigt, dass sich die Unternehmer bei Kämpfen trotz ihrer Kenntnis der Vermögenslage der Gewerkschaft schwer verrechnet haben. Es kommt doch hier eine Reihe Faktoren in Betracht, die in keinem Kassenbericht aufgezeigt werden können. Im übrigen kann jedermann aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben leicht feststellen, ob das Vermögen zu- oder abgenommen hat. Im vorliegenden Falle würde sich trotz der starken Einnahmeverminderung für sämtliche Verbände eine Vermögenszunahme von rund zehn Millionen Mark ergeben.

Wie aus der Rechnung erhellt, ist die Zahl der Streiks sehr gering gewesen. Der riesigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung konnten die Gewerkschaften aber trotz des « Burgfriedens » nicht untätig zusehen. Die Lohnbewegungen wurden meist auf dem Verhandlungswege und zum Teil mit Hilfe der Militärbehörden durchgeführt. Verschiedentlich wurden nach dem Muster von Berlin Schlichtungskommissionen eingesetzt.

In Industrien, die durch Rohstoffmangel zu Betriebseinschränkungen gezwungen waren, wurden Anstrengungen gemacht, den Arbeitern Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln zu verschaffen.

Der Bericht enthält auch Angaben über den Stand der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die einen ähnlichen Rückgang erfahren haben wie die der Generalkommission angeschlossenen Organisationen.

Wenn aber auch die Gewerkschaften schwere Zeiten durchmachen, so steht unzweifelhaft fest, dass sie die Belastungsprobe bestehen werden. Wir sind mit ihnen einig in dem Wunsche, dass der Krieg endlich aufhöre und es der Arbeiterschaft dann wieder möglich sein werde, Kulturarbeit zu leisten.



Sozialpolitik.

Notstandsfonds für die Stickereiindustrie.

Der Bericht der staatswirtschaftlichen Kommission des st. gallischen Grossen Rates beschäftigt sich unter anderem auch mit der Schaffung eines Notstandsfonds für die Stickerei-Arbeiterschaft. Wie er ausführt, kann die auf freiwilligem Wege zusammengebrachte halbe Million zur Verwirklichung des vorgesehenen Projektes nicht genügen, so dass neue Schritte der Regierung erfolgen müssen, sofern nicht die rückständigen Firmen ihrer moralischen Pflicht ungesäumt nachkommen, um durch eine möglichst allgemeine Beitragsleistung die Verwirklichung dieses sozialen Werkes auf freiwilligem Wege zu ermöglichen. Gegen Renitente soll nach Erachten der Kommission der Bundesrat auf dem Zwangswege vorgehen, damit nicht die freiwillig Zeichnenden schlechteren Rechtes werden als ihre renitenten Kollegen.

Kantonale Alters- und Invalidenversicherung in Glarus.

Der Regierungsrat hat beschlossen, der nächsten Landsgemeinde zu beantragen, es sei das Erträgnis der